

Krankenversicherung

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	NEOS
<p><u>Programm im Überblick</u></p>	<p>Leistungen der Versicherten angleichen.</p> <p>Wohnortnahe Versorgung ausbauen: gute Bedingungen für die Kassenärzte, um sie ins Kassensystem zurückzuholen; ambulanter Bereich soll durch Facharztstrukturen unter einem Dach ausgebaut werden.</p> <p>Mehr Geld für den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung.</p> <p>Die Rücklagen einzelner Krankenversicherungsträger sollen für die Verbesserung der Leistungen eingesetzt werden.</p> <p>Der Zuschuss der AUVA zur Entgeltfortzahlung soll für Betriebe mit weniger als 5 Beschäftigte auf 100 % und für Betriebe bis 10 Beschäftigte auf 75 % erhöht werden.</p> <p>Streichung des Selbstbehaltes für Selbständige.</p> <p>Selbständige mit weniger als 25 ArbeitnehmerInnen, die länger als 43 Tage krank sind, sollen das Krankengeld rückwirkend ab dem 4. Tag bekommen.</p>	<p>Finanzieller Bonus für Vorsorgeuntersuchungen für PatientInnen.</p> <p>Reform des Krankenanstalten-Finanzierungssystems: gleiches Geld für gleiche Leistungen.</p> <p>Stärkere Kontrollen und Konsequenzen bei E-Card-Missbrauch.</p> <p>Harmonisierungen der Leistungen und danach Reduktion der Sozialversicherungsträger.</p> <p>Medizinische Versorgung im ländlichen Bereich gewährleisten: Rahmenbedingungen für Hausärzte attraktiver gestalten, Einführung von Landarzt- Stipendien und Ausbau mobiler Einrichtungen und Abstufung der nötigen Versorgungsleistungen.</p>	<p>Zusammenlegung aller Krankenkassen mit getrennten Rechenkreisen für Staatsbürger und Ausländer.</p> <p>Das freiheitliche Wirtschaftsprogramm veranschlagt auf Grund der SV-Träger Zusammenlegung ein Einsparungsvolumen von 1 Mrd. €. Für die Optimierung des Gesundheitssystems wird im freiheitlichen Wirtschaftsprogramm zusätzlich ein Einsparungspotenzial von einer weiteren Milliarde angeführt.</p> <p>Bessere Bezahlung und Aufwertung aller Berufe im medizinischen und im Pflegebereich</p>	<p>Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger.</p> <p>Durch ein Anreizsystem soll die Eigenverantwortung der BürgerInnen gefördert werden.</p>

Bewertung

Die **SPÖ** ist die einzige der verglichenen Parteien, die sich nicht ausdrücklich für eine Zusammenlegung bzw. Reduktion der Sozialversicherungsträger ausspricht. Positiv zu werten ist auch, dass die SPÖ sich für mehr Geld bezüglich des Ausbaus der psychotherapeutischen Versorgung einsetzt. Zusätzlich zu begrüßen ist, dass es zu einer Angleichung der Leistungen der Versicherten durch Verbesserungen kommen soll und nicht durch eine Harmonisierung auf unterstem Niveau. Finanziert werden soll dies durch Rücklagen einzelner Krankenversicherungsträger.

Die geplante Abschaffung der Selbstbehalte von Selbständigen ist unter dem Gesichtspunkt einer solidarischen Krankenversicherung positiv zu werten.

Bei der SVA führt das Erreichen von gewissen Gesundheitszielen bzw. die Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen zu einer Reduktion der Selbstbehalte. Diesen Gedankengang will die **ÖVP** nun anscheinend auch auf andere Versichertengruppen anwenden. Ob jedoch beispielsweise eine finanzielle Gutschrift bei ASVG-Versicherten tatsächlich zu mehr Vorsorgeuntersuchungen führen würde, ist fraglich. Die ÖVP will laut ihrem Wahlprogramm zuerst eine Harmonisierung der Leistungen und danach eine Reduktion der Sozialversicherungsträger. Zu dieser Forderung ist festzuhalten, dass eine Zusammenlegung der KV-Träger ohne Leistungsvereinheitlichung keinen Sinn ergibt. Aber selbst bei einer Harmonisierung der Leistungen, ist zu bedenken, dass in Österreich sowohl das Spitalswesen als auch die Ärztekammer und andere Vertragspartner (z.B. Wirtschaftskammer) föderal organisiert sind. Es wäre daher unsystematisch, wenn lediglich auf Seiten der Sozialversicherung ein bundesweiter Krankenversicherungsträger den einzelnen Bundesländern bzw. den einzelnen föderal organisierten Ärztekammern gegenübersteht. Die ÖVP tritt in ihrem Wahlprogramm auch für stärkere Kontrollen und Konsequenzen bei E-Card-Missbrauch ein. Nähere Ausführungen, was darunter zu verstehen ist, finden sich im ÖVP Wahlprogramm nicht.

Die **FPÖ** spricht sich in ihrem Wahlprogramm für eine Zusammenlegung aller Krankenkassen mit getrennten Rechnungskreisen für Staatsbürger und Ausländer aus. Die FPÖ tritt immer für Einsparungen in der Verwaltung ein. Die Schaffung von eigenen Rechnungskreisen für Ausländer und Inländer würde jedoch zu einer Steigerung des Verwaltungsaufwandes führen und zusätzlich ist auch nicht ersichtlich, welchen Nutzen derartige Rechnungskreise bringen.

Das Einsparungsvolumen von einer Milliarde Euro auf Grund der Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger ist vollkommen unrealistisch. Auch die Annahme, dass durch eine Optimierung des Gesundheitssystems eine weitere Milliarde eingespart werden kann, ist nicht nachvollziehbar.

Die **NEOS** treten ebenfalls für eine Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger ein. Die Formulierung „durch ein Anreizsystem soll die Eigenverantwortung gestärkt werden“ kann als Wunsch nach neuen Selbsthalten verstanden werden.